

Zerstritten und politikunfähig!

Altertermäßigung: Den Kompromiss auszuhandeln – gegen das Beharren der Landesregierung – war schwierig genug. Umso ärgerlicher nun die Haltung zweier Lehrerverbände.

Weitere Infos unter:
www.gew-bw.de/PM_2108_Altertermassigung.html

Es kam, wie es zu erwarten war. Kaum hatte die „Arbeitsgruppe Lehrgesundheit“ ihre Arbeit beendet und das Ergebnis der Öffentlichkeit mitgeteilt, da meldeten sich auch schon die Vorsitzenden des Berufsschullehrer- und des Philologenverbandes mit Pressemitteilungen zu Wort, in denen sie sich von dem erreichten Kompromiss distanzieren und lauthals beklagten, die Neuregelung der Altertermäßigung benachteilige die Lehrer/innen an Gymnasien und beruflichen Schu-

len und bevorzuge die Lehrer/innen an Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen.

Beide hätten es besser wissen müssen: Der eine, nämlich der Vorsitzende des Berufsschullehrerverbandes, saß mit am Verhandlungstisch und weiß, wie mühsam es war, der Landesregierung wenigstens diese Lösung abzurufen. Der andere, Vorsitzender des Philologenverbandes, war bei den Gesprächen durch den früheren Vorsitzenden des Philologenverbandes und jetzigen Vor-

sitzenden des Beamtenbundes vertreten. Auch er wurde über den Gang der Ereignisse informiert.

Wenn diese beiden Verbandsvertreter trotzdem anders handeln, dann ist klar, was sie damit bezwecken. Es ist der untaugliche Versuch – wieder einmal – die GEW als „Volksschullehrerverein“ zu diskreditieren nach dem Motto: „Seht her, die GEW vertritt die Interessen der Lehrerinnen und Lehrer an Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen – die wirklichen Interessenvertreter der Be-

Offener Brief an die Realschullehrer/innen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

seit einigen Monaten findet auch in Baden-Württemberg wieder verstärkt eine Diskussion um die Zukunft des gegliederten Schulwesens statt. Anlass für diese Diskussion ist die Tatsache, dass auf Grund der sinkenden Schülerinnen- und Schülerzahlen und der weiter abnehmenden Akzeptanz der Schulart Hauptschule insbesondere im ländlichen Bereich viele Hauptschulstandorte gefährdet sind und deshalb die Frage nach der Zukunft der Schule am Ort in vielen Gemeinden immer wichtiger wird.

In diesem Zusammenhang versuchen der Realschullehrerverband, der Philologenverband und der Berufsschullehrerverband immer wieder, mit polemischen und falschen Behauptungen diejenigen zu diffamieren, die sich für eine grundlegende Reform des bestehenden Schulsystems und damit für eine Überwindung des gegliederten Schulsystems einsetzen. Vor allem der Realschullehrerverband versucht dabei den Eindruck zu erwecken, als sei er der einzige und wahre Vertreter der Interessen der Realschulen und der dort arbeitenden Kolleginnen und Kollegen.

Ich will im Folgenden versuchen diesen falschen Behauptungen ganz sachlich zu begegnen und vertraue dabei auf das kritische Urteilsvermögen meiner Kolleginnen und Kollegen aller Schularten:

1. Das Grundproblem unseres Schulsystems besteht nicht darin, dass die eine Schulart gut und die andere weniger gut ist. Das Grundproblem ist, dass wir die Kinder bereits mit 10 Jahren sortieren anstatt sie länger gemeinsam lernen zu lassen. Deshalb wollen wir „Eine Schule für alle“, was freilich nicht heißen darf, dass Schularten einfach nur zusammengelegt werden oder die Kinder der einen eben in die andere Schule geschickt werden. Notwendig sind vielmehr neue pädagogische Konzepte, bei denen die individuelle Förderung und nicht die Auslese im Mittelpunkt steht. Ich habe großes Verständnis dafür, dass viele Lehrerinnen und Lehrer skeptisch sind, weil wir den Umgang mit heterogenen Gruppen nicht gelernt haben und uns jahrzehntelang erzählt worden ist, dass der Vorteil des gegliederten Schulsystems darin bestehe möglichst homogene Lerngruppen zu bilden und dadurch höhere Leistungen zu erreichen. Inzwischen wissen wir,

dass dies nicht stimmt. Worauf es ankommt, ist, dass wir die individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes in den Mittelpunkt stellen. Dann werden wir sowohl den Leistungsschwächeren als auch den Leistungsstarken besser gerecht.

Solange Schulen Kinder aber wegschicken oder nicht versetzen können, sind wir von diesem Ziel weit entfernt. Solange bei uns noch oft genug gesagt wird, dass dieses Kind nicht in diese Schulart gehört, sind wir in Sachen individueller Förderung anderen Ländern weit hinterher.

Für bessere Chancen der Schüler/innen gute Rahmenbedingungen schaffen

Dass eine Reform unseres Schulsystems vor allem aber auch bessere Rahmenbedingungen braucht, versteht sich von selbst. Dafür wird sich die GEW auch in Zukunft einsetzen. Wir werden strukturellen Veränderungen nur dann zustimmen, wenn sie einen Schritt hin zu längerem gemeinsamen Lernen darstellen. Dazu gehört auch, dass die Gymnasien in strukturelle Reformen mit einbezogen werden. Darauf können sich alle Kollegin-

Weitere Infos unter:
www.gew-bw.de/Realschule.html

rufsschulen und Gymnasien aber sind wir.“

Diese Rechnung ist bisher nicht aufgegangen und wird auch in Zukunft nicht aufgehen. Die baden-württembergischen Lehrer/innen sind nämlich sehr wohl in der Lage, einen Sachverhalt differenziert zu betrachten.

Die Auseinandersetzung um die Altersermäßigung lehrt uns zweierlei:

- Die Lehrerverbände des Beamtentums sind untereinander heillos zerstritten, was natürlich zu einer Schwächung ihrer Position gegenüber unserem Arbeitgeber, der Landesregierung von Baden-Württemberg, führt.

- Sie sind außerdem politikunfähig, denn zu einer seriösen und glaubwürdigen Interessenvertretung

gehört auch, dass man zu ausgehandelten Kompromissen steht.

Fazit für die GEW: Auch wir hätten gerne mehr durchgesetzt und werden uns deshalb auch in Zukunft für eine stärkere Entlastung älterer Kolleginnen und Kollegen einsetzen. Wir tragen den erreichten Kompromiss aber mit, denn ohne unsere Intervention wäre die Altersermäßigung auch für die 55- bis 59-jährigen Lehrer/innen an Gymnasien und beruflichen Schulen längst gestrichen.

Die Qualität gewerkschaftlicher Interessenvertretung bemisst sich nämlich nicht an der Höhe der Forderung, sondern an dem, was letzten Endes durchgesetzt werden kann.

Rainer Dahlem,
Landesvorsitzender



Dokumentation

nen und Kollegen verlassen. Eine reine Verteidigung des Bestehenden allerdings führt uns nicht weiter und löst kein einziges Problem. In diesem Zusammenhang muss dann auch die Frage diskutiert werden, ob eine „Zusammenlegung“ von Haupt- und Realschulen ein akzeptabler Schritt in Richtung „Längeres gemeinsames Lernen“ ist. Nach Auffassung der GEW wäre dies allenfalls ein Zwischenschritt – allerdings nur dann, wenn ein neues pädagogisches Konzept entsteht und die Rahmenbedingungen entscheidend verbessert würden. Schon heute sind die Realschulen chronisch unterversorgt, haben viel zu große Klassen und die Lehrerinnen und Lehrer sind überlastet.

2. An allen Schulen in Baden-Württemberg wird gute pädagogische Arbeit geleistet – dennoch wollen immer weniger Eltern ihre Kinder nach der Grundschule auf die Hauptschule schicken. Diese Einstellung ist verständlich, denn mit der Verteilung der Grundschulkinde auf die weiterführenden Schulen findet auch eine Verteilung von Lebens- und Berufschancen statt.

3. Die Übertrittsquote auf die Hauptschule hat im Jahr 2007 im Landesdurchschnitt einen histori-

schen Tiefstand von 26,5 Prozent erreicht. Die Übertrittsquote auf die Realschule bleibt mit gut 32 Prozent stabil, die aufs Gymnasium steigt kontinuierlich und hat einen Höchststand von 38 Prozent erreicht.

Das System erzeugt die Krise

4. In der Öffentlichkeit wird gerne der Eindruck erweckt, als handle es sich um eine Krise der Hauptschule. Diese Aussage ist falsch. Es handelt sich um eine Krise des gesamten Systems, deren Symptome allerdings in der Hauptschule am offensichtlichsten zutage treten. Übrigens zeigt die aktuelle Debatte über das achtjährige Gymnasium auch, dass das gesamte System nicht mehr in Ordnung ist.

5. Wenn der Realschullehrerverband nun verbreitet, dass er die Realschule in Baden-Württemberg für unverzichtbar und unantastbar hält und unterstellt, dass auf Kosten der Realschulen die Probleme anderer Schularten gelöst werden sollen, dann ist dies kein konstruktiver Beitrag zur Lösung der bestehenden Probleme, es sei denn, die Zukunft der gut 26 Prozent Hauptschülerinnen und -schüler ist uns gleichgül-

tig. Eine Reform der Schulstruktur muss dazu führen, dass alle davon profitieren – insbesondere die Schülerinnen und Schüler.

6. Ähnlich hilflos reagiert das Kultusministerium. Seit fast 30 Jahren wird ein Programm zur Stärkung der Hauptschule nach dem anderen verkündet – ohne jeden Erfolg. Wie weit soll die Übertrittsquote noch sinken, bis endlich reagiert wird? – Auf 20, 15 oder 10 Prozent?

Die GEW Baden-Württemberg vertritt bekanntlich alle Beschäftigten im Bildungsbereich, also auch Lehrerinnen und Lehrer aller Schularten. Knapp 5.000 GEW-Mitglieder arbeiten an Realschulen; insgesamt organisiert die GEW in Baden-Württemberg rund 44.000 Mitglieder – erfreulicherweise mit steigender Tendenz. Wie viele Mitglieder der Realschullehrerverband hat, ist nicht bekannt, da dieser seine Mitgliederzahlen nicht veröffentlicht. Ich vermute, dass es nicht einmal 1.000 sind.

Ich lade Sie ein, mit uns die Diskussion um die Zukunft unseres Schulsystems offen und – wenn es sein muss – kontrovers zu führen.

Mit kollegialen Grüßen

Rainer Dahlem